

Volker Gerdesmeier

Gewaltsame Konflikte im Tschad

Ursachen, Akteure und Handlungsoptionen

2. aktualisierte Fassung (März 2008)

KONFLIKTANALYSE

Impressum

© Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt)
Misereor

März 2008

FriEnt
c/o BMZ, Adenauerallee 139 – 141, 53113 Bonn
Tel. +49-228-535-3259
Fax. +49-228-535-3799
frient@bmz.bund.de
www.frient.de

Misereor
Mozartstr. 9, 52064 Aachen
Tel. +49-241/442-315
Fax 0241/442-188
neussl@misereor.de
www.misereor.de

Inhalt

1. Konfliktursachen und politische Grundprobleme des Tschad	1
1.1. Konflikte vor und während der Kolonialzeit	1
1.2. Unabhängigkeit, Staatszerfall und die Herrschaft von Warlords	2
1.3. Politische Grundprobleme des Tschad	3
2. Die aktuellen Konflikte im Tschad	4
2.1. Konfliktverlauf	4
2.2. Aktuelle Elemente der erneuten Konfliktverschärfung	6
3. Akteure	9
3.1. Interne Akteure	9
3.2. Externe Akteure	11
3.3. Schlussfolgerungen	13
4. Friedenspolitische Handlungsoptionen	14
4.1. Schutz der Zivilbevölkerung	14
4.2. Kohärentes Engagement der EU für Demokratisierung	15
4.3. Förderung eines inklusiven, nationalen Dialogprozesses	16
4.4. Stärkere Beachtung der regionalen Dimension	16
4.5. Beachtung des Zusammenhangs mit extraktiven Industrien	16
4.6. Kultur der Gewalt überwinden, Menschenrechte schützen und Partizipation fördern	17

1. Konfliktursachen und politische Grundprobleme des Tschad

Nach rund zehn Jahren relativer Ruhe kommt es im Tschad seit 2005 wieder zu Kampfhandlungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen größeren Ausmaßes. Sie fanden ihren Höhepunkt in den Angriffen einer Rebellenallianz am 1.-3. Februar 2008 auf die Hauptstadt N'Djamena, bei denen mehrere hundert Zivilisten umgekommen sind und zigtausende Einwohner N'Djamenas nach Kamerun und Nigeria fliehen mussten.

Viele Ursachen für die Gewaltkonflikte reichen in die Anfangsjahre der Unabhängigkeit und bis zur französischen Kolonialzeit zurück. Aktuelle politische Entwicklungen, u.a. im Umfeld des Präsidenten Idriss Déby und regionale Konflikte haben außerdem zu den jüngsten Eskalationen beigetragen.

Die vorliegende Studie zeichnet den aktuellen Konfliktverlauf nach, verweist auf Ursachen und strukturelle Probleme des Tschad, und gibt Handlungsempfehlungen für ein friedenspolitisches Engagement.

1.1. Konflikte vor und während der Kolonialzeit

Ein Blick in die Geschichte der Staatswerdung des Tschad kann helfen, die aktuellen Konflikte einzuordnen und zu verstehen. In vorkolonialer Zeit bestanden im Gebiet des heutigen Tschad mehrere sahelische Großreiche: Kanem-Bornu, Baguirmi und Waddai. Ihr Wohlstand und ihre Macht beruhten vor allem auf Raub und Verkauf von Sklaven. In regelmäßigen, großangelegten Razzien plünderten sie die südlichen Nachbarregionen, versklavten die Bevölkerung und verkauften sie entlang der transsahelischen Handelsrouten Richtung Mittelmeer und den Nahen Osten. Die animistischen segmentären Gesellschaften des heutigen Zentral- und Süd-Tschad konnten meist nur defensiv auf diese Übergriffe reagieren. Die Beziehungen zwischen ihnen und den mächtigen Sahelreichen im Norden waren von Feindschaft, z.T. aber auch von Kollaboration bei der Menschenjagd geprägt.

Die Kolonialmacht Frankreich umschloss mit ihrer Grenzziehung Täter und Opfer der Sklaverei und verschärfte das gespannte Verhältnis zwischen Einwohnern des Nordens und des Südens. Frankreich verwaltete während der gesamten Kolonialzeit den Norden des Tschad rein militärisch und beschränkte Investitionen sowie Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen überwiegend auf den klimatisch begünstigten und dichter bevölkerten Süden, den sie als den „nützlichen Tschad“ bezeichnete. Dort wurde mit Gewalt der Baumwollanbau eingeführt und viele Männer wurden zur Zwangsarbeit an der Eisenbahnlinie „Congo-Océan“ verschleppt. Somit wurde der Staat auch in der Kolonialzeit überwiegend als unterdrückende, Arbeitskraft und Menschen raubende Macht wahrgenommen.

Weder im Norden noch im Süden des Landes legte Frankreich – etwa durch Aufbau tragfähiger Institutionen, Förderung der Mitsprache oder begrenzten Selbstverwaltung – die Grundlagen für eine friedliche Eigenstaatlichkeit des Tschad.

1.2. Unabhängigkeit, Staatszerfall und die Herrschaft von Warlords

Die erste Generation tschadischer Politiker stand vor der gewaltigen Aufgabe, ein Land von der dreifachen Größe Deutschlands und einer Erfahrung wechselseitiger Gewalt zwischen Norden und Süden, extrem großer ethnischer und sprachlicher Vielfalt, mit schwachen Institutionen und geringen Ressourcen friedlich zu regieren.

Die neuen Eliten setzten die repressive Praxis der vorkolonialen und kolonialen Phase fort. Schon 12 Tage nach der Unabhängigkeit brach Präsident Tombalbaye geltendes Recht und begann, Kritiker zu verhaften. Als sich 1963 in N'Djaména Passanten gegen die offene Verhaftung von zwei führenden Politikern wandten, schoss das Militär zum ersten Mal in die Menge. Die politische Kultur des unabhängigen Tschad wurde somit schon früh von Rechtlosigkeit und Gewalt geprägt: *„Da es im Tschad nicht mehr möglich war, seine politische Meinung frei und demokratisch zu äußern, würden die Gegner des Regimes andere Formen des Kampfes finden, um ihre Stimme zu Gehör zu bringen.“*¹

Süd-Tschader dominierten den Verwaltungsapparat. Die in der Kolonialzeit erworbene Schulbildung spielte hier eine Schlüsselrolle. Angehörige nördlicher Ethnien hatten sich dem Besuch der Kolonialschulen weitgehend entzogen. Nach der Unabhängigkeit sahen sie sich daher einem Verwaltungsapparat gegenüber, der von für sie fremden und feindlichen Beamten aus dem Süden dominiert wurde.

Im Jahr 1966 entstand mit der FROLINAT (Front de Libération Nationale) eine Guerillabewegung, die sich überwiegend aus Angehörigen nördlicher Ethnien zusammensetzte. Im ganzen Land kam es nun zu Vertreibungen und Massakern an der Zivilbevölkerung, so dass das Gewaltmonopol des Staates weiträumig geschwächt wurde. Auf den Militärputsch und die Ermordung des Präsidenten 1975 folgten Jahre der Instabilität. Die FROLINAT zerbrach in einzelne Bewegungen unter konkurrierenden Führern. Im Bürgerkrieg 1979 – 1982 kämpften bis zu acht Konfliktparteien gegeneinander. Der Staat zerfiel, Regionen wurden von militärischen Bewegungen und ihren Warlords autonom beherrscht.

Einer der Kriegsherren, Hissène Habré, etablierte sich 1982 mit ausländischer Unterstützung an der Macht. Seine Diktatur baute funktionierende Staatlichkeit wieder auf, aber um den Preis extremer Menschenrechtsverletzungen: Mindestens 40.000 Menschen wurden ermordet.

Habrés Nachfolger Déby, 1990 ebenfalls mit Gewalt an die Macht gelangt, weckte zunächst Hoffnungen: Er ließ politische Parteien zu und berief eine Nationalkonferenz ein, zu deren Eröffnung ein Berg von Waffen verbrannt wurde, Symbol für das Ende der Gewalt. Eine Verfassung wurde ausgearbeitet und per Volksbefragung angenommen. Doch Rechtsbrüche und Gewalt gingen weiter. Angehörige der Ethnie des Präsidenten übernahmen immer mehr Schlüsselpositionen in Regierung, Verwaltung und Militär, Beschlüsse der Nationalkonferenz wurden systematisch ausgehöhlt und Wahlen manipuliert. Zwischen 1993 und 1998 ging die Armee systematisch gegen Guerillabewegungen im Süden des Landes vor. Mit zunehmender Stabilisierung des Regimes Ende der 90er Jahre nahmen gewaltförmige Konflikte ab, aber die Grundprobleme blieben ungelöst.

1.3. Politische Grundprobleme des Tschad

Der Nationalstaat Tschad wurde durch die über ein Jahrzehnt dauernde Rebellion der FROLINAT ausgehöhlt und zerbrach schließlich im Bürgerkrieg 1979 - 1982. Die negativen Folgen des Krieges für die staatlichen Institutionen und für das gesellschaftliche Leben sind bis heute präsent und wurden nie hinreichend bearbeitet.

Die gewaltsame Durchsetzung von Interessen ist ein Muster der politischen Kultur des Landes geworden. Alle Institutionen, die potentiell verbindend und auf ausgehandelte Entscheidungen ausgerichtet sind, müssen sich gegen diese mächtige Kultur behaupten.

Die in diesem Kontext aufgestiegenen tschadischen Warlords sind politische Unternehmer. Sie nutzen die jeweilige Konjunktur, um durch bewaffneten Kampf und Verhandlungen Zugang zur Macht zu erringen, sei es durch Eroberung der Zentralgewalt, sei es durch taktische „Versöhnung“ mit dem jeweiligen Regime.

Das staatliche Gewaltmonopol ist fragil. Die Nationalarmee muss die jeweilige Gefolgschaft der siegreichen Warlords aufnehmen. Mangels einer echten Demobilisierungspolitik kam es oft zu einem „fliegenden Wechsel“ zwischen Soldaten, Rebellen und Straßenräubern. Den von UNDP und anderen geförderten Projekten zur Demobilisierung und Reintegration von Ex-Soldaten gelang es nicht, diese Dynamik zu durchbrechen. Das Prinzip, vermeintliche Bündnistreue durch Beförderung abzusichern, führte dazu, dass die tschadische Armee in 2006 ebenso viele Offiziere und Unteroffiziere wie einfache Soldaten beschäftigte.

Der Demokratisierungsprozess seit Beginn der neunziger Jahre änderte die Gegebenheiten nur an der Oberfläche. Ali-Abderraman Haggar, ehemaliger Berater des Präsidenten, beschrieb die herrschende politische Kultur im Februar 2005 folgendermaßen:

„Das Déby-System funktioniert so: Es gibt zwei Arten von Staatlichkeit, die offizielle und die inoffizielle. Die erste ist das Bild des Staates mit schönen Worten, Flaggen, diplomatischen Vertretungen, Sirenen usw. Das ist alles Dekoration, aber nicht die Realität der Macht.

Der wahre Staat besteht aus ethnischen Allianzen. Idriss ist sehr geschickt in der Art und Weise, wie er die Clans dirigiert, die die Armee beherrschen. Fünfundsiebzig Prozent von ihnen sind Zaghawa, 15 % sind Goran und Araber, und der Rest alle möglichen Leute. Die Zaghawa halten die militärische Macht. Infolgedessen sind sie auch in der Wirtschaft sehr erfolgreich und überlassen den anderen Gruppen auch ein bisschen.“¹²

Seit Anfang der 90er Jahre gibt es erste Ansätze einer Zivilisierung der tschadischen Politik, aber der Prozess bleibt fragil. Als 2005 die prekäre Balance der Macht zu kippen drohte und die vitalen Interessen der herrschenden Gruppe in Gefahr gerieten, griffen die Eliten auf das alte Muster gewaltsamer Konfliktausgang zurück.

2. Die aktuellen Konflikte im Tschad

2.1. Konfliktverlauf

Die derzeitige Krise begann mit einem Putschversuch gegen den Präsidenten im April 2004. Urheber waren hohe Militärs aus seinem engsten Umfeld.

Im Oktober und November 2005 desertierten größere Gruppen höherer Offiziere aus der tschadischen Armee, griffen Kasernen an und erbeuteten Waffen. Nur einen Monat später überfiel eine Rebellengruppe die an der Grenze zum Sudan/Darfur gelegene Stadt Adré. Im März 2006 liefen Tom und Timane Erdimi, zwei Neffen und enge Vertraute des Präsidenten zu den Rebellen über.

Angeblich plante eine andere Rebellengruppe zum gleichen Zeitpunkt einen Anschlag auf Déby. Bei seiner Rückkehr von einer Auslandsreise sollte er mit seinem Flugzeug abgeschossen werden. Nach offiziellen Angaben ist das Attentat jedoch vereitelt worden.

Im April 2006 griff eine weitere Rebellengruppe, die FUC unter Leitung von Mahamat Nour Abdelkarim, die Hauptstadt N'Djamena an und wurde zurückgeschlagen. Bei den Kämpfen starben Hunderte Zivilisten. Die französischen Truppen im Tschad leisteten in diesen Kämpfen aktive Hilfe für die tschadische Armee.

Im November 2006 wurde Abéché, die größte Stadt im Osten und Standort der französischen Garnison angegriffen. Danach schwenkten die Rebellen auf eine Ermüdungstaktik um: sie führten Hit-and-Run-Aktionen sowie kurzzeitige Besetzungen von Städten im Osten durch.

Seit Oktober 2005 waren im Osten des Tschad insgesamt mindestens 20 verschiedene Rebellenorganisationen aktiv.³ Ende 2007 sind vor allem die folgenden drei Gruppen relevant:

Relevante Rebellenorganisationen

- Die **UFDD** (Union des Forces pour la Démocratie et le Développement), eine Allianz verschiedener Gruppen unter der Leitung von Mahamat Nouri, einem Goran (Ethnie des ehemaligen Präsidenten Habré).
- Die **UFDD Fundamental** ist eine kleinere Abspaltung der UFDD. Sie wird von Abdelwahid Aboud geleitet und von Tschad-Arabern dominiert.
- Die **RaFD** (Rassemblement des Forces pour le changement), ein Bündnis aus Zaghawa-Dissidenten, geführt von den Brüdern Tom und Timan Erdimi, den Neffen und ehemals engen Mitarbeitern des Präsidenten Déby.
- Die **FUC** (Front Uni pour le Changement), unter Führung des zeitweiligen Verteidigungsministers Mahamat Nour Abdelkarim, eine Gruppe, die vor allem in der Ethnie der Tama verwurzelt ist. Nour wurde im März 2007 nach einem Friedensschluss Verteidigungsminister, die FUC-Kämpfer sollten in die nationale Armee integriert werden. Im November wurde er als Verteidigungsminister wieder entlassen. An den Kämpfen im Februar 2008 war die FUC nicht beteiligt.

Im November 2006 kam es im Ost-Tschad (um Goz-Beïda) zu Massakern unter der Zivilbevölkerung, mindestens 300 Menschen wurden in kürzester Zeit ermordet. Die Zahl der Binnenvertriebenen im Ost-Tschad, im Laufe des Jahres 2006 stetig angestiegen, schnellte auf rund 100.000 hoch. Das tschadische Regime rief einen halbjährigen Ausnahmezustand aus, freie Medien wurden zensiert. Die Zentralregierung setzte in den Ostregionen zeitweilig „delegierte Minister“ ein, die laut Regierungs-Communiqué „mit allen Mitteln und Befugnissen ausgestattet“ wurden. Sie unterlagen keinerlei unabhängiger Kontrolle bezüglich möglicher Menschenrechtsverletzungen. In den Weihnachtstagen 2006 und im April 2007 kam es zu erneuten Massakern. UN-OCHA geht für Herbst 2007 von ca. 170.000 Binnenflüchtlingen aus, außerdem leben im Ost-Tschad seit 2003 über 200.000 sudanesisch-flüchtlinge aus Darfur.

Der UN-Nothilfekoordinator John Holmes berichtete im April 2007 nach seiner Reise vor Ort dem Sicherheitsrat:

„Die tschadische Armee hat de facto einen großen Teil des Ostens des Landes dem Gesetz der Milizen und der bewaffneten Gruppen aller Arten und aller Lager überlassen.“⁴

Er verweist überdies auf Zwangsrekrutierungen unter Flüchtlingen und Binnenvertriebenen.

In einem spektakulären Schritt versöhnte sich der Präsident Anfang 2007 mit Mahamat Nour Abdelkarim und ernannte ihn im März zum neuen Verteidigungsminister. Seine Rebellen sollten in die nationale Armee integriert werden, der politische Flügel seiner Bewegung in die Regierungspartei. Allerdings vollzog sich die Reintegration nur unter großen Spannungen.

Im September beschlossen die UN eine „multidimensionale“ zivile Friedensmission (MINURCAT), die im Osten des Tschad und im Norden der Zentralafrikanischen Republik für größere Sicherheit in Flüchtlings- und IDP-Lagern sowie in angrenzenden Städten sorgen und die Schaffung eines humanitären Korridors ermöglichen soll. Zur Unterstützung von MINURCAT entsendet die EU außerdem eine Militärmission (EUFOR Tschad/RCA).⁵ Beide stehen vor großen Herausforderungen: In einem Gebiet von der Größe Frankreichs, kaum existierender Infrastruktur und ca. 400 000 Flüchtlingen und intern Vertriebenen steht ihnen nur begrenzt Personal zu Verfügung.⁶ Schon die Versorgung des internationalen Personals wird immense logistische Probleme aufwerfen, und die Sicherheitslage ist sehr prekär.

Ein Ende Oktober 2007 abgeschlossenes Friedensabkommen zwischen der Regierung und allen Rebellenorganisationen unter Vermittlung Libyens hielt lediglich fünf Wochen. Bereits im November 2007 flammten die Kämpfe neu auf. Gleichzeitig wurde Mahamat Nour Abdelkarim als Verteidigungsminister entlassen. Die Integration der FUC-Kämpfer in die nationale Armee kann als gescheitert betrachtet werden. Anfang Februar 2008 kam es dann zum vorläufigen Höhepunkt der Eskalation. Eine neu gebildete Allianz der Rebellenorganisationen UFDD, RaFD und der UFDD-Fondamental griff mit über 2000 Kämpfern die Hauptstadt N'Djamena an. In kurzer Zeit gelangten sie, aus dem Sudan kommend, fast ungestört nach N'Djamena und belagerten die Stadt zwei Tage lang. Ca 100 000 Menschen flüchteten nach Kamerun und Nigeria, die meisten Europäer und Amerikaner mussten evakuiert werden. In der Stadt kam es zu zahllosen Plünderungen. Nach zwei Tagen Belagerung mussten sich die Rebellen unter dem Druck von Angriffen der tschadischen Luftwaffe aus der Stadt und der Reichweite der tschadischen Hubschrauber zurückziehen.

In seinen Erklärungen hat das Deby-Regime die Angriffe immer wieder als Aggression des Sudans bezeichnet. Zweifellos wird vor allem die UFDD massiv

von der sudanesischen Regierung unterstützt. Die Anschuldigungen gegenüber dem Sudan sollen aber vor allem auch davon ablenken, dass es sich um ein innertschadisches Problem handelt, für das Deby selbst die Hauptverantwortung trägt. Die Rebellenführer sind Tschader und haben lange Zeit mit dem Deby zusammengearbeitet.

Frankreich hat sich während der Konflikte öffentlich auf die Seite des tschadischen Regimes gestellt, immer wieder betont, dass es sich um eine legitime und demokratisch gewählte Regierung handle. Im Rahmen des bilateralen Militärabkommens lieferte es Luftaufklärung und logistische Unterstützung. Immer wieder berichten Zeugen auch von einer direkten Beteiligung der französischen Luftwaffe an Kampfhandlungen, die französische Regierung bestreitet dies.

Mehrere Führer politischer Oppositionsparteien sind seit 3. Februar verschwunden. Man vermutet, dass sie von der Regierung verschleppt wurden. Menschenrechtsaktivisten mussten das Land verlassen oder halten sich versteckt, weil sie bedroht werden. Am 15.2. erklärte die tschadische Regierung den Ausnahmezustand. Private Medien werden zensiert, Versammlungen sind verboten. Die wenigen Ansätze für eine demokratische Entwicklung des Landes sind damit zusammengebrochen.

2.2. Aktuelle Elemente der erneuten Konfliktverschärfung

Verfassungsänderung

Als Auslöser der Putschversuche, Desertionsbewegungen und Rebellionen wird das 2004 angekündigte Vorhaben des Präsidenten angeführt, die tschadische Verfassung zu ändern, um sich zum dritten Mal zur Präsidentschaftswahl zu stellen. Das Referendum für die Verfassungsänderung wurde im Juni 2005 durchgeführt, die Präsidentschaftswahlen im Mai 2006 abgehalten.

Die Opposition hatte schon frühzeitig einen Boykott der Wahlen angekündigt. Aus ihrer Sicht war ein freier und fairer Wahlgang nicht möglich, da die lange geforderte Revision der unkorrekten Wählerlisten nicht erfolgt war. „Gegen“ den Präsidenten kandidierten vier eher unbekanntere Figuren, alle aus regierungsnahen Parteien. Die Zivilgesellschaft rief zu einem „Tag der Trauer“ am Wahltag auf.

Laut BBC lag die Wahlbeteiligung bei ca. 10 Prozent; laut offiziellen Aussagen - die sich zwischenzeitlich widersprachen - bei 62 Prozent, von denen 78 Prozent für den Amtsinhaber gestimmt hätten.

Der Darfur-Konflikt

Ein weiteres wichtiges Element der Gewalteskalation ist die zunehmende Verschränkung der innertschadischen Rebellion mit dem Darfur-Konflikt.

Die Zaghawa, Ethnie des tschadischen Präsidenten, siedelt sowohl im Ost-Tschad als auch im sudanesischen Darfur. Zwei der Rebellengruppen in Darfur sind von Zaghawa dominiert. Führende Zaghawa aus dem Umfeld des Präsidenten drängten ihn seit dem Ausbruch der Darfur-Rebellion zu Beginn des Jahres 2003, auf Seiten der sudanesischen Zaghawa zu intervenieren. Beim oben erwähnten versuchten Staatsstreich im Tschad im Mai 2004 war eine Hauptforderung der Herausforderer Débys, Zaghawa-Rebellen in Darfur aktiv gegen das sudanesisches Regime zu unterstützen. Der tschadische Präsident befand sich in einem Dilemma: Zaghawa aus Darfur hatten dem damaligen Rebellen Déby 1990 ein Rückzugsgebiet geboten und mit ihm im Tschad gekämpft. Gleichzeitig hatte

Déby jedoch sehr viel wichtigere Militärhilfe von der sudanesischen Regierung erhalten.⁷ Zunächst versuchte er einerseits, zwischen den Rebellenorganisationen im Darfur und der sudanesischen Regierung zu vermitteln, stellte letzterer aber auch Truppen und Kampfhubschrauber zur Verfügung⁸. Als der Druck in seinem Umfeld zu groß wurde, schwenkte er um und begann, die Rebellion in Darfur zu unterstützen. Im Gegenzug rekrutierte die sudanesisch Regierung im Oktober 2004 tschadische Exilanten zum bewaffneten Kampf gegen N'Djaména.⁹ Außerdem unterstützte der Sudan grenzüberschreitende Angriffe von Janjawid im Tschad. Gemäß Human Rights Watch wurden Anfang 2005 Angriffe der Reitermilizen auf tschadische Zivilisten von regulärem sudanesischem Militär begleitet.¹⁰ Ein Ende 2006 erscheinender Bericht von Amnesty International bestätigt diese Beobachtungen und nennt neue Fälle.¹¹ Viele der Janjawid sind selbst Tschader. Schon in den neunziger Jahren kämpften viele tschadische Araber bei Zusammenstößen zwischen Zaghawa und Arabern in Darfur mit. Als Reaktion auf die Gründung von Rebellengruppen in Darfur wurden Janjawid-Führer nach 2001 im Tschad aktiv. Sie warben Freiwillige an, versprachen Geld, eine Waffe, ein Pferd und die Möglichkeit, zu plündern. Laut Flint und de Waal nahmen 20.000 Tschader das Angebot an und wurden von der sudanesischen Armee ausgebildet¹². Als Human Rights Watch Überlebende der Massaker im Ost-Tschad Ende 2006 befragte, gaben mehrere Augenzeugen an, ehemalige Nachbarn und Bekannte erkannt zu haben, die seit langem in den Sudan gegangen und nun als bewaffnete Reiter wiedergekommen seien. Es liegt nahe, dass es sich um die von Janjawid angeworbenen Tschader handelt.

Mahamat Nour Abdelkarim hat enge Beziehungen zum Janjawid-Führer Musa Hilal und soll an seiner Seite mit Tama-Kämpfern an Massakern an Zaghawa in Darfur teilgenommen haben.¹³ Umgekehrt half die in Darfur operierende Rebellenorganisation JEM unter Khalil Ibrahim im April 2006 dem Déby-Regime auf tschadischem Boden gegen die Angreifer der FUC.

Schließlich entstand ein neues Eskalationsmoment mit den „Toroboro“-Milizen, ein neuerer Begriff, der sich von „Tora Bora“, dem Rückzugsgebiet der Taliban in Afghanistan ableitet. Er bezeichnet einerseits sudanesisch Rebellengruppen, die auf Seiten des tschadischen Regimes im Tschad operieren; andererseits Milizen, die vom tschadischen Regime gezielt auf ethnischer Basis rekrutiert und ausgerüstet wurden, um ebenfalls gegen tschadische Rebellen vorzugehen. Aufgrund der neuen Bewaffnung tragen sie zugleich auf eigene Rechnung Konflikte mit Nachbar-Ethnien zunehmend blutiger aus. Das ist zum Beispiel der Fall beim Kampf von Milizen aus der Ethnie der Dadjo gegen Araber. Lokale Führer im Ost-Tschad, die sich gegen diese Eskalation wehrten, wurden ausgewechselt und entmachtet, wie der Sultan der Dadjo, der sich gegen die Rekrutierung Jugendlicher seiner Ethnie aussprach.

Die kurze Darstellung macht deutlich, dass der innertschadische Konflikt zwischen Regime und Rebellen eng mit dem Konflikt in Darfur verschränkt ist, und dass die Eskalation des Darfur-Konflikts die Krise des Tschad verschärfte. Umgekehrt sind Tschader im Darfur-Konflikt auf Seite der Rebellen wie auf Seiten der Janjawid-Milizen aktiv.

Erdölförderung

Der Tschad gehört seit 2003 zum Kreis der erdölexportierenden Länder. Die Gewalteskalation im Herbst 2005 scheint die Regel zu bestätigen, dass extraktive Industrien in afrikanischen Ländern Konflikte verschärfen, da sie unzufriedenen Gruppen Anlass und Mittel für Aufstandsbewegungen geben.¹⁴ Tatsächlich ist das Verhältnis von Ölförderung und bewaffneten Konflikten im Tschad komplizierter.

Der zu erwartende Erdölreichtum mag den Anreiz für potentielle Rebellen erhöht haben, zu den Waffen zu greifen. Zugleich sanken aber auch die Chancen auf Erfolg, da das Regime dank zusätzlicher Mittel militärisch aufrüsten konnte. Die tschadischen Rebellen haben im Unterschied zu Rebellen in DR Kongo, Angola oder Sierra Leone keinen Zugang zu Konfliktrohstoffen. Technisch und geographisch ist ein Öldiebstahl wie im Niger-Delta unmöglich, die Leitungen liegen unter der Erde, der Tschad ist ein Binnenland. In der Erdölförderregion selbst ist seit ca. zehn Jahren keine Guerillabewegung mehr aktiv. Insofern verschärft die Erdöl-Extraktion nicht die Gefahr des Staatszerfalls, vielmehr stärkt sie ein undemokratisches Regime.

Einst lobte die Weltbank das tschadische Gesetz 001 zur Verwendung der Erdöleinnahmen als Modell für Transparenz und Entwicklungsorientierung im extraktiven Sektor. Als der Tschad im Herbst 2005 die einseitige Änderung des Gesetzes ankündigte, forderte die Weltbank alle laufenden Zahlungen ein. Doch als die FUC-Rebellen N'Djaména im April 2006 angriffen und das tschadische Regime daraufhin drohte, die Erdölförderung auszusetzen, unterzeichnete die Weltbank zwei Interims-Abkommen mit der tschadischen Regierung, die einer Zustimmung zur Gesetzesänderung gleichkommen. Die Weltbank ließ damit zu, dass der tschadische Staat die Transparenz bei der Verwendung seiner Erdöleinnahmen weiter reduzierte und die Ausgaben für Entwicklungsmaßnahmen und den Fond für die zukünftigen Generationen zugunsten militärischer Ausgaben drastisch reduzierte.

Dazu kam die Drohung, die Erdölkonzernmitglieder Chevron und Petronas des Landes zu verweisen, wenn sie nicht Steuern nachzahlen würden. Obwohl schriftliche Vereinbarungen für die Anfangszeit eine Steuerbefreiung vorsehen, gaben die Konzerne nach und zahlten. Dies wird dem Tschad in 2007 zum ersten Mal in seiner Geschichte einen Überschuss im Staatshaushalt beschern. Angesichts solcher Einkünfte ist die Gefahr einer Rentenökonomie, in der ein kleiner Machtzirkel unkontrollierten Zugriff auf die Erdöleinnahmen hat, groß. Nicht von ungefähr erklärte Transparency International den Tschad 2005 zum korruptesten Land der Welt. Auch sind Rückschritte bei der Armutsbekämpfung, der Demokratisierung und beim Schutz von Menschenrechten zu befürchten. Etwaiger Druck von Gebern wird an Bedeutung verlieren.

Im Juni 2007 gab die tschadische Regierung bei einem öffentlichen Treffen mit seinen Gebern an, in den ersten fünf Monaten des Jahres 120 Millionen EURO - das sind 23% der gesamten Staatseinnahmen in diesem Zeitraum - für Waffen ausgegeben zu haben, Soldatengehälter nicht eingerechnet.¹⁵ Die Weltbank kommentierte diese Ausgaben nicht, sondern gratulierte dem Tschad für seine Fortschritte in der Armutsbekämpfung.

3. Akteure

3.1. Interne Akteure

Das Regime und sein direktes Umfeld

Nach seiner Machübernahme 1990 besetzte Déby sukzessive wichtige Positionen mit Angehörigen seiner Ethnie. Die Zaghawa stellen 2% bis 3% der tschadischen Bevölkerung, aber 80% der Führungspositionen bei den Sicherheitskräften, außerdem Schlüsselpositionen bei der Post, der Baumwoll- und der Zuckergesellschaft.¹⁶

Auch genießen Angehörige seiner Ethnie weitgehende Straffreiheit und Bevorzugung durch Gerichte und Behörden. Im Osten des Landes haben Zaghawa infolge der fortschreitenden Desertifikation und der politischen Protektion ab 1990 begonnen, südwärts zu wandern. Dabei wurden Tama und Araber aus ihren traditionellen Siedlungsgebieten vertrieben.

Der gegenwärtige Konflikt wird von vielen Zaghawa als eine Frage des ökonomischen und sozialen, wenn nicht des physischen Überlebens wahrgenommen. Hintergrund ist die zunehmende Marginalisierung und zum Teil brutale Verfolgung in den achtziger Jahren unter dem Vorgänger-Regime Habrés.

Die Zaghawa-Ethnie ist sehr fragmentiert. Einzelne Clans konkurrieren miteinander. Einigkeit wird vor allem im Fall externer Bedrohung hergestellt. Dem Clan des Präsidenten, den Bideyat, wird von anderen Clans wie den Kobé (die eine wichtige Rolle in der Darfur-Rebellion spielen) geringere Herkunft unterstellt. Nach der Eroberung der Macht forderten viele Kobé ihren Anteil für geleistete Opfer und sahen sich vom Clan des Präsidenten übervorteilt, was zu Spannungen und Konflikten führte. Die Desertionen und Rebellionen von Zaghawa in den letzten Jahren lassen sich hierdurch aber nur teilweise erklären. Einige Rebellenführer entstammen dem engsten familiären und politischen Umfeld des Präsidenten.

In geringerem Maße gehören auch Angehörige anderer nördlicher Ethnien (Tam, Goran) zum engeren Kreis der Macht, während Angehörige südlicher Ethnien eher weniger entscheidende, aber für das Außenbild wichtige Positionen einnehmen, wie z.B. die des Premierministers.

Die "bewaffnete Opposition"

Die Rebellenbewegungen bestehen ebenfalls fast ausschließlich aus Angehörigen nördlicher Ethnien. Die meisten der Rebellenführer haben zuvor hohe Posten bekleidet, teils in der jetzigen Regierung, wie die Brüder Erdimi (staatliche Baumwollgesellschaft, Erdölprojekt), teils unter Hissène Habré, wie Acheikh Ibn Oumar (Außenminister), teils unter beiden, wie Mahamat Nouri (Verteidigungsminister, Botschafter in Saudi-Arabien). Unter den verschiedenen Rebellenführern herrschen erbitterte Konflikte, was im Falle einer Machtübernahme zu einer großen Gefahr für die staatliche Einheit würde.

Angesichts der Vorgeschichte der meisten Rebellenführer sind Forderungen nach mehr Transparenz und Rechtsstaatlichkeit nicht glaubwürdig. Auch ihr Aufruf zur Einbeziehung der tschadischen Zivilgesellschaft in eine Konflikttransformation wirkt eher als taktisches Manöver.

Wie oben erwähnt, sind zahlreiche bewaffnete tschadische Gruppen auf Seiten der Janjawid-Milizen im Darfur-Konflikt aktiv.

Zivilgesellschaft, Parteien und Bevölkerung

Während der 90er Jahren ist im Zuge der Nationalkonferenz eine differenzierte und dynamische Zivilgesellschaft im Tschad entstanden. In den Auseinandersetzungen um die Erdölförderung hat sie viel Erfahrung, Organisationsfähigkeit und Vernetzung nach außen erlangt. Außerdem bildete sich im Vorfeld der Verfassungsänderung und der Präsidentschaftswahl ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen für „Frieden und Versöhnung“, das versuchte, das Regime zu einem nationalen Forum anstelle der umstrittenen Wahlen zu bewegen. Kirchen haben mit zahlreichen mutigen und konstruktiven Aufrufen die herrschende Kultur der Gewalt beklagt und zu ziviler Konfliktbearbeitung und echter Armutsbekämpfung aufgerufen.

Kirchen, Zivilgesellschaft und Menschenrechtsorganisationen sind überwiegend auf Angehörige südlicher Ethnien begrenzt, was ihren gesellschaftlichen Einfluss für friedlichen Konfliktaustrag einschränkt. Vereinzelt entstehen übergreifende Initiativen. Ihnen kommt die gute Reputation bestehender Entwicklungs- und Menschenrechtsarbeit zu Gute.

Die zahlreichen tschadischen Parteien sind stark fragmentiert und waren in der Vergangenheit selten zu tragfähigen Bündnissen in der Lage. So zerstritten sich die Oppositionsparteien angesichts des Referendums zur dritten Amtszeit des Präsidenten an der Frage, ob zum Boykott aufgerufen werden sollte oder dazu, mit Nein zu stimmen. Am 12. August 2007 unterzeichneten 82 Parteien ein politisches Übereinkommen mit dem Präsidenten. Es kam auf Druck der Europäischen Union zustande und regelt die Wahlgesetzgebung neu. Seine Umsetzung ist fraglich angesichts der in den letzten Jahren vom Regime gebrochenen Versprechen und Abkommen.

Trotz der vielen Initiativen ist der Einfluss von politischer Opposition und Zivilgesellschaft bis heute gering. Der zentrale Grund hierfür ist die noch immer vorherrschende politische Kultur, der zufolge wichtige Entscheidungen im engen Kreis der militärisch-politischen Eliten getroffen werden. Zwei Zitate sollen dies illustrieren:

„Déby Itno ist sich der Tatsache sehr bewusst, dass sein Schicksal nicht von verfassungsmäßiger Politik abhängt, sondern von den Bausteinen der tschadischen politischen Ökonomie seit der Unabhängigkeit, den politisch-militärischen Fraktionen.“¹⁷

„Im Tschad wird eine echte Lösung Dialog mit allen Gruppen beinhalten, aber wird auch tiefer gehen müssen, um das tief verwurzelte Muster tschadischer Politik umzukehren, das darin besteht, dass politisch-militärische Organisationen unter sich die Beute ihrer Plünderungen des Staates und der Bevölkerungen aufteilen.“¹⁸

Diese politische Kultur und die Jahrzehnte andauernde Gewalt haben ihre Spuren in der Gesellschaft hinterlassen: Solidarität und Vertrauen besteht überwiegend innerhalb der eigenen Gruppe, die Beziehungen zu anderen Ethnien sind aufgrund der Gewalterfahrungen von Misstrauen geprägt. Lokale Verwaltungsstrukturen sind korrumpiert und parteipolitisch instrumentalisiert, vormals vorhandene, gewaltfreie Konfliktlösungsmechanismen weggebrochen. Die ländliche Bevölkerung leidet insbesondere unter dem Konflikt zwischen Ackerbauern und Viehzüchtern, der die Ernährungssicherheit der Bevölkerung gefährdet. Konflikte um den Zugang zu Land und Wasser werden dabei von den lokalen Autoritäten

fast immer parteiisch zugunsten der aggressiv auftretenden, bewaffneten Viehzüchter (z.T. Lohnhirten im Sold von Regime-Angehörigen) entschieden.

Eine repräsentative Umfrage unter Tschadern aus dem Jahr 2005 ergab, dass die tschadische Bevölkerung trotz ihrer leidvollen Erfahrungen nur bedingt gespalten und verfeindet ist. Zwar traut die Mehrheit der Befragten nur ihrem unmittelbaren Umfeld und artikuliert politische Präferenzen gemäß ethnischer Zugehörigkeit, zugleich ist sie aber der Meinung, dass mit religiösen und ethnischen Unterschieden keine Politik gemacht werden sollte, dass politischer Protest sich ausschließlich friedlicher Mittel bedienen sollte, und dass trotz allem Frieden und Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen ethnischen und sozialen Gruppen möglich sei.¹⁹

Jahrzehntelang war das Land von dem Konflikt zwischen dem muslimischen Norden und dem christlichen Süden geprägt. Die Niederschlagung der südlichen Rebellionen in den neunziger Jahren hat dazu geführt, dass sich Angehörige der südlichen Bevölkerung derzeit nicht in bewaffneten Gruppen organisieren. Da sie von der politischen Macht weitgehend ausgeschlossen und täglicher Diskriminierung durch die Administration ausgesetzt sind, besteht hier ein großes ungelöstes Konfliktpotential.

3.2. Externe Akteure

Frankreich

Als ehemalige Kolonialmacht spielt Frankreich nach wie vor eine wichtige Rolle im Tschad. Die Sicherung der territorialen Integrität und Stabilität des Tschad wurde schon früh vertraglich festgeschrieben und ist auch heute noch offizielle Position Frankreichs. Hieraus wurde eine Politik der „Nichteinmischung“ in innenpolitische Angelegenheiten abgeleitet, die Beobachter jedoch als „diplomatische Persiflage“²⁰ bezeichnen. Frankreich griff zugunsten der jeweiligen tschadischen Führung wiederholt mit eigenen Truppen ein, insbesondere 1979 und 1983, und unterhält seit 1986 eine permanente Militärbasis in N'Djaména, die nach Djibuti die größte Basis in Afrika ist.

Alle Regimewechsel im Tschad - sowohl der Putsch gegen Tombalbaye, als auch die Machtergreifungen Habrés und später Débys - geschahen zumindest mit französischem Einverständnis. In den vergangenen Jahren haben hochrangige Politiker, darunter Präsident Chirac, bei umstrittenen Wahlgängen und der Verfassungsänderung durch öffentliche Erklärungen zur Legitimierung der Regierung Déby beigetragen. Während der Kämpfe um N'Djaména im April 2006 und im Februar 2008 leistet Frankreich im Rahmen der bilateralen Militärkooperation logistische Unterstützung. Französische Luftaufklärung und die Lieferung von Munition waren entscheidende Faktoren dafür, dass die Rebellen zurückgedrängt werden konnten. Präsident Sarkozy hielt während der Kämpfe regelmäßigen Kontakt mit Idriss Déby und sagte jede notwendige Unterstützung zu, um eine Machtübernahme durch die Rebellen zu verhindern.

Eine besondere, historisch gewachsene Verbindung²¹ zwischen den beiden Ländern und die enge militärische Kooperation seit den 80er Jahren macht den Tschad auch im regionalen Kontext zu einem Verbündeten Frankreichs: So intervenierten tschadische Truppen im Jahr 1997 an der Seite von Sassou Nguesso, dem Wunschkandidaten der französischen Erdölindustrie, in den Bürgerkrieg in Kongo-Brazzaville. Ein Jahr später kämpften 2000 tschadische Soldaten in Kongo-Kinshasa gegen die Truppen Jean-Pierre Bembas. Dieser finanzierte seine Kriegsführung durch Kaffee- und Diamantenexport über die Zentralafrikanische

Republik, bis der dortige Regimewechsel einen sowohl Frankreich als auch dem Tschad getreuen Präsidenten an die Macht verhalf. Als Präsident François Bozizé im November 2006 durch den Vormarsch der Rebellenkoalition UFDR (Union des forces démocratiques pour le rassemblement) in Bedrängnis geriet, erhielt er militärische Unterstützung vom Tschad²² und von Frankreich.

Durch diese kontinuierlichen Interventionen versucht Frankreich, seinen Einfluss in der Region zu wahren. Während die Sicherung von wirtschaftlichen Interessen bis 1999²³ eine wichtige Rolle spielten, sind die Motive der französischen Außenpolitik heute sehr viel schwerer auszumachen. Dem Muster der de Gaulleschen Politik folgend, hält Frankreich an der Bewahrung von Einflusssphären und einem – vermeintlichen – Großmacht-Status fest.

USA

Die USA haben drei strategische Interessen im Tschad: die Sicherung der Erdölförderung, Terrorismusbekämpfung und eine stabilisierende Rolle des Tschad im Darfur-Konflikt.

Zwei der drei Firmen des Erdölkonsortiums im Tschad sind amerikanische Konzerne: Exxon Mobil und Chevron. Da man mit einer Erdölförderung der derzeitigen Felder für insgesamt 25 Jahre rechnet, benötigen die beteiligten Konzerne zur Sicherung ihrer Investitionen von insgesamt über vier Milliarden US-Dollar langfristige Stabilität.

Das strategische Interesse der Terrorismusbekämpfung liegt ebenfalls auf der Hand. Im schwer kontrollierbaren Norden des Tschad waren wiederholt salafistische Gruppen der algerischen GSPC (Groupe salafiste pour la prédication et le combat) aktiv, in 2004 kam es zu Zusammenstößen mit der tschadischen Armee²⁴. Von 2002 – 2006 wurden nach Angaben des amerikanischen Verteidigungsministeriums im Rahmen der Pan-Sahel-Initiative (Antiterrorkampf) der tschadischen Armee Waffen und militärische Ausbildung im Wert von 7,5 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt.²⁵

Im Darfur-Konflikt gerät die amerikanische Regierung vermehrt unter Handlungsdruck, da Lobbygruppen ein verstärktes humanitäres Engagement bis hin zu einer militärischen Intervention zum Schutz der Zivilbevölkerung fordern. Um die Drohkulisse einer solchen Intervention aufrechterhalten zu können, muss der Tschad stabil und loyal sein.²⁶

Aus diesen drei Motiven ergibt sich eine im Vergleich zu Frankreich weniger interventionistische, aber doch offene Unterstützung des bestehenden Regimes. Allerdings stellt sich die Frage, wie sich durch die Wiederannäherung des Tschad an China die US-amerikanische Position verschieben wird.

China

Der wachsende Einfluss Chinas in der Region und die damit verbundene Konkurrenz um den Zugang zu Erdöl zwischen China und u.a. den USA haben die Konflikte im Tschad und Darfur in den letzten Jahren verschärft. China verhinderte im UN-Sicherheitsrat mehrfach die Verhängung von Sanktionen gegen die sudanesischen Regierung und die Entsendung einer Friedenstruppe nach Darfur. Gleichzeitig profitierten die tschadischen Rebellen von der Unterstützung Chinas für die sudanesischen Regierung und wurden mit Waffen ausgerüstet. Nachdem Déby im August 2006 in einem spektakulären Schritt die Beziehungen zur VR China wieder aufgenommen und taiwanesischen Entwicklungshelfer und Geschäftsleute des

Landes verwiesen hatte, änderte sich die Position Chinas. Im Januar 2007 übernahm die China National Petroleum Corporation die 22 Millionen Hektar großen Erdölkonzessionen der kanadischen EnCana im Osten des Landes.²⁷ Seither wird über eine mögliche Pipeline vom Tschad in den Sudan spekuliert. Offen ist, welche Rolle China in Zukunft in den Konflikten der Region spielen will. Offiziell bleibt die Volksrepublik beim Prinzip der Nichteinmischung, aber es gibt Anzeichen und Gründe dafür, dass China sich in Zukunft angesichts seiner wachsenden Verantwortung in Afrika auch außenpolitisch neu positionieren wird. Die Ernennung eines Sonderbeauftragten für den Sudan im März 2007 ist ein erstes Indiz für einen Kurswechsel.

Libyen

Libyen ist eine bedeutende Regionalmacht, die die Geschichte der innertschadischen Konflikte seit Jahrzehnten beeinflusst. Der libysche Staatschef Gaddafi sah den Tschad lange als „natürliche Verlängerung Libyens“ und bezog sich dabei auf den historischen Einfluss der libyschen Senoussia-Bruderschaft, die im 19. Jahrhundert große Teile des tschadischen Fernhandels kontrollierten.²⁸

Im tschadischen Bürgerkrieg 1979 – 1982 unterstützte Libyen den Präsidenten Goukouni Weddeyes, einen ehemaligen Rebellenführer. In den achtziger Jahren führte Libyen Krieg gegen den Tschad und benutzte dabei Darfur als Aufmarschgebiet und zweite Front. Schon damals entwickelte sich ein komplexer Regionalkonflikt um Tschad, Sudan und Libyen.

So übergab z.B. eine von Libyen geförderte tschadische Rebellengruppe bei ihrer Demobilisierung 1987 ihre Waffen an sudanesischen Araber in Darfur unter Musa Hilal, dem heutigen Führer der Jandjawid-Milizen.²⁹ Mit Hilfe dieser Aufrüstung begann Hilal unmittelbar danach seinen ersten Krieg gegen die Fur, ein Vorläufer des heutigen Darfur-Konflikts.

Wenn Libyen sich heute auch als Vermittler zwischen Tschad und Sudan profiliert, so ist doch anzunehmen, dass ihm eine Fortdauer der Konflikte nützt, denn ein gutes Verhältnis zwischen den beiden Ländern wie z.B. Anfang der neunziger Jahre würde Libyens eigene Rolle in der Region schmälern. Deshalb nennt Marchal den Darfur-Krieg ein „window of opportunity“ für Libyen, um sich als „unumgehrer Makler“ zwischen den beiden Nachbarstaaten zu positionieren.³⁰

3.3. Schlussfolgerungen

Die Analyse der gewaltsamen Konflikte im Tschad zeigt, dass die Konflikteskalation seit 2005 nur bei Einbezug historischer Entwicklungen, Konfliktursachen sowie unter Berücksichtigung der regionalen Konfliktdimension und der Rolle und Verknüpfung zahlreicher interner und externer Akteure verstanden und bearbeitet werden kann.

Der Blick in die Geschichte der tschadischen Staatswerdung zeigt, dass schon vor und in der Kolonialzeit politische Macht mit Gewalt durchgesetzt wurde, Legitimität war von geringer Bedeutung. Der unabhängige Staat behielt diese repressive Praxis bei, verschärfte Spannungen zwischen Gruppen und zerbrach an ihnen. Gewaltsamer Konfliktaustrag ist ein Muster der politischen Kultur geworden. Der nach dem Bürgerkrieg wieder entstandene Zentralstaat ist repressiv, aber in seiner Durchsetzungskraft schwach. Der jeweilige Herrscher muss stets seine eigenen Interessen gegen die verschiedener Gruppen seiner engsten Umgebung ausbalancieren, um an der Macht zu bleiben. Er muss sich immer wieder mit Gewalt behaupten, wo Korruption und Kooptation misslingt.

Die Gefahr eines Rückfalls in einen Bürgerkrieg ist groß. Das Konfliktgeschehen in Darfur und im Tschad ist seit Jahrzehnten verknüpft und hat in den letzten beiden Jahren zu einer Eskalation der Gewalt geführt. Im Osten des Tschad, dem Nordosten der Zentralafrikanischen Republik und in Darfur ist eine äußerst komplexe, grenzüberschreitende Konfliktkonstellation entstanden, die aufgrund einer fortschreitenden Fraktionalisierung – wie bereits in Darfur geschehen – immer schwieriger zu befrieden ist. Die Rente der Erdöleinnahmen hat kurzfristig den Tschad stabilisiert, sie ermöglicht es dem Regime aber auch, seine eigenen Interessen weiter mit Gewalt abzusichern und die Sicherheit seiner Bevölkerung zu vernachlässigen. Damit droht ein weiterer Legitimitätsverlust des ohnehin sehr fragilen Zentralstaates.

4. Friedenspolitische Handlungsoptionen

Was kann angesichts der beschriebenen Konfliktkonstellation getan werden, um eine weitere Gewalteskalation abzuwenden und zu einer Zivilisierung der Politik im Tschad und der Region beizutragen? Neben kurzfristigen Schutzmaßnahmen für die betroffene Zivilbevölkerung müssen vor allen Dingen langfristige Strategien entwickelt werden, die die regionale Konfliktdimension berücksichtigen und die bestehende Kultur der Gewalt durchbrechen.

4.1. Schutz der Zivilbevölkerung

Angesichts der Gewalteskalation und der Verschlechterung der Menschenrechtssituation im Osten des Tschad besitzt der Schutz der Zivilbevölkerung hohe Priorität. Die Entsendung einer UN-Friedensmission, unterstützt durch eine militärische Präsenz der EU sieht vor, die Zivilbevölkerung, Flüchtlinge und IDPs vor Menschenrechtsverletzungen, Gewalt und Zwangsrekrutierungen in den Lagern und den angrenzenden Städten zu schützen und die Verteilung humanitärer Güter zu ermöglichen. Allerdings ist die Zahl der Truppen bei weitem nicht ausreichend, um über die Menschen in den Flüchtlingslagern hinaus auch die einheimische Bevölkerung in der Region zu schützen. Es werden also Erwartungen geweckt, die voraussichtlich nicht erfüllt werden können.

Die Missionen könnten Handlungsspielräume für ein weitergehendes ziviles Engagement eröffnen. Ein wichtiger Aspekt – insbesondere für Vertrauensaufbau und Dialog – ist die systematische Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten, bestehender sozialer Beziehungen und Netzwerke, bisheriger coping strategies der Flüchtlinge und IDPs, aber auch vorhandener Konfliktlinien. Die Kenntnisse und Kompetenzen zivilgesellschaftlicher Organisationen des Tschad sollten einbezogen und gestärkt werden. Gleichzeitig muss jedoch beobachtet werden, inwiefern eine große Nähe zu den internationalen Missionen Sicherheitsrisiken für internationale und tschadische NRO bergen, da die EUFOR nicht von allen Konfliktparteien als neutraler Akteur wahrgenommen wird.

Auch muss die Menschenrechtssituation kontinuierlich überwacht werden. Eine gemeinsame Mission von vier tschadischen Organisationen, einer europäischen NRO und des UNHCR im November 2006 ist ein erfreulicher Anfang, dem weitere Aktionen folgen müssten, um zu einem möglichst breiten Monitoring der Situation im Osten beizutragen.

Die Sicherheitslage wird es kurzfristig nicht erlauben, intern Vertriebene zurückzuführen und ihnen eine stabile Lebensgrundlage zu geben. Dementsprechend werden in absehbarer Zeit große Mittel notwendig sein, um eine Versorgung der

Flüchtlinge gewährleisten zu können. Gleichzeitig muss die Situation innerhalb und außerhalb der Lager beobachtet werden, um Chancen für eine Rückkehr der Vertriebenen wahrnehmen zu können.

Schließlich kann die vorgesehene Rekrutierung und Ausbildung tschadischer Polizisten, die in den Lagern und angrenzenden Städten ihren Dienst absolvieren sollen, einen Beitrag zu größerer Sicherheit leisten. Angesichts der komplexen Situation, bestehender Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen, Misstrauen, Klientelismus und niedrigem Bildungsniveau wird es jedoch äußerst schwierig werden, eine transparente und angemessene Auswahl von Rekruten zu treffen. Langfristig muss außerdem eine Reform der Sicherheitskräfte – insbesondere im Bereich Ausbildung, innere Führung und Demokratisierung – vorgenommen werden, um den enormen Menschenrechtsdefiziten von Armee und Polizei zu begegnen (siehe 4.6.).

4.2. Kohärentes Engagement der EU für Demokratisierung

Die Vielzahl externer Akteure, die ihre (Ressourcen)Interessen in der Region wahren oder ausbauen möchten, macht es nicht einfach, eine kohärente Friedensstrategie zu entwickeln – und umzusetzen. Ein wichtiger Schritt wäre hier die Formulierung einer gemeinsamen europäischen Politik für die Region, die das französische Engagement im Tschad einbindet. Innerhalb der EU werden der Tschad (und die Zentralafrikanische Republik) jedoch weitgehend als Einflussgebiet Frankreichs akzeptiert. Die französische Stabilisierungspolitik im Tschad hat zwar das Wiederaufflammen des Bürgerkrieges und ein Auseinanderbrechen des Landes bislang verhindert, sie blockiert aber gleichzeitig die für eine friedliche Konflikttransformation dringend notwendige Demokratisierung und den innergesellschaftlichen Dialog.

Eine kohärente Strategie umfasst, wie es die EU selbst formuliert, den kompletteren Einsatz diplomatischer, politischer und finanzieller Instrumente. So wird der Einsatz der EUFOR-Truppen als ein Teil eines umfassenderen EU-„Pakets“ zur Lösung der Darfur-Krise betrachtet.³¹ Allerdings ist es nach den Kämpfen um N'Djamena im Februar 2008 fraglicher denn je, ob die Friedensmission EUFOR funktionieren kann. Sie wurde vor allem von Frankreich gewünscht und ist von französischen Truppen dominiert. Die Neutralität der Mission stand daher von Anfang an in Zweifel. Mit der deutlichen Parteinahme im Februar 2008 hat Frankreich kurzfristig wohl hohe Verluste unter der Zivilbevölkerung verhindert, aber in den Augen vieler Beobachter auch die EUFOR nachhaltig diskreditiert. Von den Rebellenorganisationen wird sie als Kriegsgegner betrachtet und der Zeitpunkt der Angriffe auf N'Djamena zeigt, dass die EUFOR zu einem Eskalationsfaktor geworden ist. Trotzdem hat sich die EU dazu entschieden, an der Stationierung der Truppe festzuhalten. In vielen Mitgliedsstaaten wird dies allerdings kritisch diskutiert. So schlägt die regierungsnahе deutsche Stiftung für Wissenschaft und Politik im Februar 2008 vor, auf die EUFOR zu verzichten³². Kritisiert wird, dass durch die Konzentration auf die militärische Komponente EUFOR notwendige politische Prozesse blockiert werden. Die EU sollte nicht weiter französische Partikularinteressen in der Region unterstützen, sondern aktiv auf Frankreich und auf das tschadische Regime Druck ausüben. Die Bereitstellung finanzieller Mittel für humanitäre Hilfe und Wiederaufbau, Entwicklungsprogramme und Mediation muss von einem aktiven, gesamteuropäischen Politikdialog begleitet werden. Im Mittelpunkt sollte hier der Einsatz für einen umfassenden gesellschaftlichen Dialog über Fragen von Frieden, Versöhnung und Demokratisierung stehen. Nur so kann die herrschende Kultur politischer Gewalt überwunden und langfristig Stabilität in der Region geschaffen werden.

4.3. Förderung eines inklusiven, nationalen Dialogprozesses

Ein breites Bündnis der tschadischen Zivilgesellschaft hat zu „Frieden und Versöhnung“ und zu einem nationalen Forum aufgerufen, um mit einer Vielzahl von gesellschaftlichen Akteuren offen über die Probleme des Landes und mögliche Lösungswege zu debattieren. Diese Initiative nimmt im Tschad eine zentrale Bedeutung ein und sollte deswegen auch und gerade von internationalen Akteuren gestärkt und unterstützt werden. Nur ein Dialogprozess, der die Partizipation bisher marginalisierter Gruppen ermöglichen würde, zugleich aber den Eliten, die sich bedroht fühlen, Verhandlungsspielraum über Sicherheiten für ihre eigene Zukunft gäbe, kann aus der derzeitigen Sackgasse führen. Frankreich und die Europäische Union haben jedoch bislang die Forderung der Initiative deutlich abgeschwächt: Sie begleiten die vom Regime ins Leben gerufenen „Dialogforen“ im kleinen Kreis, die zivilgesellschaftliche Akteure ausschließen und den Dialog auf wahltechnische Fragen reduzieren. Eine Öffnung und Erweiterung des Dialogs ist dringend geboten. Die deutsche und andere europäische Regierungen sollen sich deswegen gegenüber Frankreich und der EU dafür einsetzen, die tschadische Zivilgesellschaft stärker einzubeziehen und den Fokus des Dialoges auf relevante Fragen wie Demokratisierung und nationale Versöhnung zu legen.³³

4.4. Stärkere Beachtung der regionalen Dimension

Die Krise im Tschad ist Teil eines Jahrzehnte alten Regionalkonflikts, in dem Kriegsgeschehen und Akteure im Tschad, dem Sudan, Libyen und der Zentralafrikanischen Republik ineinander verwoben sind. Die internationale Gemeinschaft hat begonnen diese Verknüpfung zu erkennen, aber ihre Konfliktlösungsmechanismen tragen dem Charakter der Konflikte noch nicht hinreichend Rechnung.

So spielen regionale Aspekte – und Akteure – in den Friedensverhandlungen im Tschad und Darfur bisher keine Rolle. Akteure, die als Vermittler agieren (UN, AU, Libyen) können darauf hinwirken, dass diese stärker berücksichtigt werden.

Der beginnende Austausch der Zivilgesellschaften in der Region birgt ein nicht zu unterschätzendes Potential. Internationale Delegationen sollten systematisch die Zivilgesellschaften in allen drei Ländern treffen. Austauschreisen, Informationsaustausch, gemeinsame Konferenzen in Drittländern, und Fortbildungsmaßnahmen können der Zivilgesellschaft in der Region helfen, sich besser zu vernetzen und eine regionale „peace constituency“ aufzubauen. Religiöse Führer sollten dabei besondere Beachtung finden. So besitzen die seit Jahren veröffentlichten Botschaften der tschadischen katholischen Bischofskonferenz zu Frieden, Versöhnung oder Korruptionsbekämpfung, ein großes Potential für kirchliche Friedensarbeit in der Region und finden weit über konfessionelle Grenzen hinaus Aufmerksamkeit.

4.5. Beachtung des Zusammenhangs mit extraktiven Industrien

Die Ressourcenkonkurrenz zwischen China und dem Westen hat großen Einfluss auf die Konflikt- und Menschenrechtssituation im Tschad. Das chinesische Interesse am tschadischen Öl hat der Regierung Débys den nötigen Spielraum gegeben, das Gesetz 001 zur Verwendung der Erdöleinnahmen zu ändern und verstärkt Waffen zu kaufen.

Eine starke, und zwischen Nord und Süd gut vernetzte zivilgesellschaftliche Bewegung³⁴ hat schon lange vor Beginn der Erdölförderung im Tschad auf mögliche schädliche Folgen hingewiesen, konstruktiv darauf hingearbeitet, die Erdöl-

Einnahmen für Armutsbekämpfung einzusetzen, und auf den Zusammenhang von Erdölförderung und gewaltsamen Konflikten im Tschad und anderen Ländern des Golfes von Guinea hingewiesen. Die internationale Gemeinschaft sollte sich stärker dafür einsetzen, dass diese Forderungen Gehör finden. Eine wichtige Rolle kommt dabei der Weltbank zu. So könnte sie bei ihrer Kreditvergabe an China, das an fünfter Stelle der IFC-Kreditnehmer liegt, auf eine verantwortungsvollere Politik drängen. Als wichtiger Akteur der Extractives Industries Transparency Initiative (EITI) sollte sich auch die deutsche Regierung verstärkt dafür einsetzen, dass der Tschad die von ihm unterschriebene Absichtserklärung wirklich umsetzt und so zu einem verbessertem Budgetmonitoring im Land beiträgt.

Aber es geht nicht nur um Transparenz. Letztendlich kann die Erdölförderung nur dann zu einer Zivilisierung der politischen Kultur im Tschad beitragen, wenn gewährleistet werden kann, dass die Einnahmen aus der Erdölförderung allen Menschen und Regionen im Tschad zu Gute kommen und für die Entwicklung des Landes investiert werden.

4.6. Kultur der Gewalt überwinden, Menschenrechte schützen und Partizipation fördern

Im Tschad ist mit der begrenzten politischen Öffnung seit den neunziger Jahren eine Reihe von Menschenrechtsorganisationen entstanden, die sich für den Schutz elementarer Menschenrechte und gegen die in Verwaltung und Sicherheitsapparat weit verbreitete Kultur der Gewalt und Diskriminierung einsetzen. Diese Arbeit ist von zentraler Bedeutung für die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit an der Basis und damit für gewaltfreien Konfliktaustrag. Eine bessere Abstimmung und Professionalisierung ihrer Arbeit im Süden, und - wie oben erwähnt - eine stärkere Verankerung auch im Osten des Landes kann die Wirkung der tschadischen Menschenrechtsarbeit vergrößern.

Eine Reform des Sicherheitssektors könnte helfen, die tschadische Armee auf ihre eigentliche Aufgabe der Landesverteidigung zurückzuführen und die politische Kultur der Gewalt und Instrumentalisierung zwischenethnischer Spannung einzudämmen. Eine solche Reform ist von entscheidender Bedeutung für den inneren Frieden im Tschad, zugleich ist sie aber hoch sensibel, da sie den Kern der Machtabsicherung des Regimes berührt. Sie könnte nur unter Beobachtung der Zivilgesellschaft und Druck einflussreicher externer Akteure vorankommen. Insbesondere Frankreich sollte die zentrale Rolle ihres im Tschad stationierten Truppenkontingentes nutzen, um zu einer solchen Reform beizutragen. Eine von Misereor und FriEnt vermittelte Austauschreise in die Region der Großen Seen hat der tschadischen Zivilgesellschaft geholfen, sich mehr Fachwissen zu Demobilisierung und Reform des Sicherheitssektors anzueignen, um einen solchen Prozess kritisch begleiten zu können.

Angesichts mangelnder formaldemokratischer Partizipationsmöglichkeiten können regionale Dialogforen der Bevölkerung eine Stimme geben und die Basis für den angestrebten „nationalen inklusiven Dialog“ legen. Auch eine partizipativere Entwicklungszusammenarbeit, die z.T. verschüttete lokale Mechanismen der Konfliktbearbeitung wiederbelebt, Mitsprache fördert und einübt sowie zu legitimer und funktionaler Staatlichkeit an der Basis beiträgt, hilft langfristig, Gewaltursachen im Tschad abzubauen.

Endnoten

- 1 Bassiguet Nadji in Centre Culturel Al-Mouna (1996): Tchad. Conflit Nord-Sud, mythe ou réalité?, S. 156.
- 2 H. Dickow (2005): Democrats Without Democracy. Attitudes and Opinions on Society, Religion and Politics in Chad. Byblos, S.34.
- 3 Siehe dazu auch: Human Rights Watch: Glossary of Chadian Rebel Groups, <http://hrw.org/reports/2007/chad0107/12.htm> und Chadian Rebel Movements 2005 – 2007, http://hrw.org/reports/2007/chad0107/1.htm#_Toc156017105
- 4 Briefing to the Security Council on the Situation in Africa: Humanitarian Affairs in Sudan, Chad, and CAR. Statement by John Holmes, Under-Secretary-General for Humanitarian Affairs and Emergency Relief Coordinator, 4 April 2007.
- 5 Amtsblatt der Europäischen Union, 23.10.2007.
- 6 MINURCAT sieht die Entsendung von 300 Polizisten, 50 Verbindungsoffizieren und eine angemessene Zahl von zivilem Personal vor. Siehe dazu: <http://www.un.org/Depts/dpko/missions/minurcat/index.html>.
- 7 Julie Flint, Alex de Waal (2005): Darfur, A Short History of a Long War. London, S. 84.
- 8 Gérard Prunier (2005): Darfur. The Ambiguous Genocide. London, S. 98.
- 9 Prunier (op.cit.), S. 114.
- 10 Human Rights Watch (2005): Chad, Darfur Conflict Spills Across Borders, Presseerklärung 21.2.2005, www.hrw.org.
- 11 Amnesty International (2006): Are we Citizens of This Country? Civilians in Chad Unprotected From Janjawid Attacks.
- 12 Flint, de Waal (op.cit.), S. 64.
- 13 Simon Massey and Roy May: "The Crisis in Chad", in: African Affairs 105/420, S. 444, International Crisis Group 2006: Tchad. Vers le retour de la guerre? S. 14.
- 14 Paul Collier and Anke Hoeffler (2001): Greed and Grievance in Civil War. Washington DC/World Bank.
- 15 L'Observateur, No. 424, 27.6.2007.
- 16 Roland Marchal (2007): "The Unseen Regional Implications of the Crisis in Darfur", in Alex de Waal: War in Darfur and the Search for Peace, S. 186.
- 17 Roy May and Simon Massey (2007): Chad. Politics and Security. A Writenet Report, S. 2.
- 18 Roland Marchal (2007), op.cit., S. 197.
- 19 H. Dickow, op.cit.
- 20 Simon Massey and Roy May, (op.cit.), S. 446.
- 21 Als erste afrikanische Kolonie hatte sich das Land während des zweiten Weltkrieges auf die Seite der Widerstandsbewegung und des Freien Frankreichs von de Gaulles gestellt und wurde zu einer wichtigen Basis für den Vormarsch von General Leclerc nach Libyen.
- 22 Mit der Intervention in der Zentralafrikanischen Republik reagierte Déby auf die Unterstützung von tschadischen Déby-Gegner durch Patassé, des Vorgängers von Bozizé, und auf dessen Zusammenarbeit mit Libyen, die Déby eine „Einkreisung“ befürchten liess.
- 23 Im November 1999 schied der französische Ölkonzern Elf aus dem internationalen Konsortium aus.
- 24 Marchal (2007), op.cit., S. 188.
- 25 Siehe dazu: www.cdi.org/pdfs/chad.pdf
- 26 So wurde im Kontext der Verhandlungen um die UN-Mission für den Darfur von amerikanischer Seite immer wieder von einem „Plan B“ gesprochen, um die Androhung einer militärischen Intervention aufrecht zu erhalten. Siehe dazu: www.state.gov/p/af/rls/rm/82941.htm und www.cfr.org/publication/13465/us_implements_darfur_plan_b.html.
- 27 Jeune Afrique, 21-27 Janvier 2007, S. 80.
- 28 Karine Bennafla (2004): „De la guerre à la coopération. Les dangereuses liaisons tchado-libyennes“, in: Oliver Pliez: La nouvelle Libye, S.113.
- 29 Prunier (op.cit.), S. 59.
- 30 Marchal (2007), op.cit., S. 181.

31 Zentrale Elemente dieses Pakets sind: 1) Increased support for African Union (AU) and UN efforts to revitalise the political process with a view to finding a lasting solution; 2) Speeding up establishment of the hybrid AU-UN operation in Darfur. Until then, support for the AU Mission in Sudan/Darfur (AMIS); 3) Increased mobilisation to finance humanitarian aid, but also to secure humanitarian access. Siehe dazu: www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/backgroundChad_december2007_EN.pdf.
32 Denis Tull, Tschad-Krise und die Operation EUFOR Tschad/ZAR, SWP-Aktuell Februar 2008

33 Von Misereor und Brot für die Welt geförderte tschadische Institutionen wie das Fortbildungsinstitut CEFOD und das Kulturzentrum Al-Mouna könnten in einem solchen inklusiven Dialogprozess eine sehr wichtige Rolle spielen. Durch ihre Kolloquien und Publikationen über die Geschichte der Rebellenbewegung FROLINAT, den Bürgerkrieg von 1979 – 1982 oder über gewaltfreie Konfliktbearbeitung im Tschad sind sie darin geübt, Akteure aus sehr verschiedenen Lagern an einem Tisch zu konstruktivem Austausch zusammen zu bringen. Al-Mouna ist überdies im interreligiösen Dialog aktiv, ein wichtiger Faktor für breite gesellschaftliche Akzeptanz.

34 In Deutschland bildete sich 1997 das Bündnis AG Erdölprojekt Tschad/Kamerun, in dem Entwicklungs-, Menschenrechts- und Umweltorganisationen für eine umweltverträgliche und entwicklungsorientierte Erdölförderung zusammenarbeiten. www.erdoel-tschad.de.